

V-34 Solidarität mit den Kurd*innen in Afrin – Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in Deutschland!

Antragsteller*in: Felix Steins (Hamburg-Eimsbüttel KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

- 1 Seit den Gezi-Protesten beziehungsweise spätestens mit dem fulminanten Einzug der
- 2 HDP in das
- 3 türkische Parlament hat das AKP-Regime massiv an demokratischer Legitimation
- 4 verloren. Dass
- 5 sein Zenit an demokratischer Macht überschritten ist, hat Erdogan seitdem wesentlich
- 6 damit
- 7 kompensiert, die Türkei als autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden.
- 8 Dies
- 9 wird begleitet von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den
- 10 politischen
- 11 Islamismus und neosmanische Großmachtträume mit den klassischen ideologischen
- 12 Komponenten
- 13 autoritär-neoliberalen Regimes wie Klassismus, Elitarismus, Linkenfeindlichkeit und die
- 14 „Reinhaltung des Volkskörpers“ kombiniert. Die Kehrseite dieser faschistoiden Medaille
- 15 ist
- 16 die vernichtungsideologisch motivierte Gleichschaltung politischer Gegner*innen und
- 17 Assimilation ethnischer Minderheiten.
- 18 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in Afrin ist, neben geostrategischen und
- 19 ökonomischen
- 20 Interessen, deshalb wesentlich die Fortführung der türkischen Innenpolitik mit anderen
- 21 Mitteln. Die Kurd*innen – auch die in Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-
- 22 Regimes:
- 23 Gleichzeitig ethnische Minderheit und politische Opposition. Nicht nur innerhalb der
- 24 Türkei
- 25 – der „demokratische Konföderalismus“, den linke kurdische Kräfte in Nordsyrien
- 26 initialisieren und der eine radikale politische wie wirtschaftliche Demokratie, soziale
- 27 Gleichheit, die Befreiung der Frau, gleichberechtigende kulturelle Pluralität,
- 28 ökologische
- 29 Nachhaltigkeit und Frieden umfasst, ist ein radikaler Gegenentwurf zum AKP-Regime –
- 30 und
- 31 straft die türkische Doktrin einer Wiederauflage des „Pax Ottomana“, nach der es
- 32 Frieden in
- 33 der Vielvölkerregion nur unter türkischer Hegemonie geben könne, Lügen.
- 34 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-
- 35 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime, das die
- 36 Türkei
- 37 immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind scheinbar wichtiger als die
- 38 Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der Bekämpfung des Islamischen
- 39 Staates(IS),
- 40 wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der Türkei und Nordsyrien,
- 41 wichtiger als
- 42 Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten Region und wichtiger als das Völkerrecht.

27 Diese Friedens- und Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch
Rüstungsexporte in
28 die Türkei, der unangebrachten diplomatischen Zurückhaltung angesichts dieser
brutalen
29 Eskalation und die ökonomische und legitimatorische Subvention des AKP-Regimes im
Rahmen des
30 „Flüchtlingsdeals“ aus. Insbesondere legen Bundes- und Landesregierungen und deren
Behörden
31 absurde Doppelstandards an die Ableger der unterschiedlichen politischen
Akteur*innen in
32 Deutschland an: So lässt die politisch angeblich neutrale Ditib ihre Imame für einen
33 erfolgreichen Angriffskrieg beten[1] und betreibt damit Propaganda für einen
34 Völkerrechtsbruch, gleichzeitig gibt es Staatsverträge mit genau diesem Verband[2].

35 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische Oppositionsgruppen
massiv
36 kriminalisiert. So wird zum Beispiel die „Föderation der Demokratischen
Arbeitervereine
37 e.V.“ (DIDF) vom Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert
vor
38 allem angebliche[!] Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“[3] an. Im Falle der
kurdischen
39 Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen auch die EU 2002 die
PKK als
40 Terrororganisation eingestuft. Kurdische Symboliken sind umfassenden Verboten
ausgesetzt,
41 bereits das Zeigen von Fahnen kann zu Hausdurchsuchungen führen [4] – sogar die
Symbole der
42 gegen den IS kämpfenden YPG/YPJ sind verboten. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich
im Sinne
43 einer kurdisch-linken Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen
Terrorbegriff des
44 Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen in die Nähe der PKK
gerückt
45 werden[5].

46 Petition:

- 47 • Bündnis90/DieGRÜNEN verurteilen den Angriffskrieg in Afrin als
völkerrechtswidrigen,
48 antidemokratischen Akt und brutale, teilweise gegen die Zivilbevölkerung
gerichtete,
49 Eskalation.
- 50 • Bündnis90/DieGRÜNEN betrachten die Türkei, solange sie sich unter Erdogan
zunehmend in
51 eine faschistoide oder zumindest autokratische Richtung entwickelt, nicht länger
als
52 geeigneten außenpolitischen Verbündeten und hält einen Stopp von

53 Waffenexporten und
54 militärischer Kooperation für unabdingbar.

- 54 • Vor diesem Hintergrund fordern Bündnis90/DieGRÜNEN eine umfassende
55 Neubewertung der
56 Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen Linken durch die
57 deutsche
58 Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die
59 Grenze
60 dessen, was aus zivilgesellschaftlicher Sicht legitimer Widerstand ist, unter dem
61 zunehmend autoritärer werdenden AKP-Regime immer weiter von der
62 Legalitätsgrenze
63 entfernt verläuft.
- 60 • Auch Staatsverträge mit Organisationen, die in Deutschland systematisch
61 Völkerrechtsbrüche propagieren, müssen nach Meinung von Bündnis90/
62 DieGRÜNEN einer
63 umfassenden Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder
aufgekündigt
werden.

64 Quellen:

65 [1] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html>

67 [2]
68 <http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2>

70 [3] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf>

72 [4] <https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html>

74 [5] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistan-pkk.pdf>, S.21

Begründung

Der Dringlichkeit:

Der Angriffskrieg in Afrin begann nach der regulären Antragsfrist und erfordert eine umfassende Neubewertung der türkisch-kurdischen Gesamtsituation.

weitere Antragsteller*innen

Carola von Paczensky (Hamburg-Altona KV); Paul Nellen (Hamburg-Mitte KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Frank Steiner (Hamburg-Altona KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Carola Blume-Kullmann (Ettlingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Marc Kersten (Köln KV); Carlos Echevoyen (Bonn KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Ali Demirhan (Herzogtum Lauenburg KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Hartmut Heilmann (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)